

Factsheet Ukraine

Juni 2022



Karte: [Vereinte Nationen](#), 2005

1 Zahlen und Fakten

Gesamtbevölkerung: Die Gesamtbevölkerung des Landes wird auf 44,1 Millionen [geschätzt](#) (2020). Ohne die Krim und die besetzten Gebiete Donezk und Luhansk beträgt die Bevölkerungszahl [37 Millionen](#).

Sprachen: Die [Amtssprache ist Ukrainisch](#). Sie wird von 72% der Einwohner*innen gesprochen. Russisch sprechen 22% der Einwohner*innen. Weitere Minderheitensprachen sind Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch und Belarussisch. Das Thema Sprache ist [hochgradig politisiert](#).

Ethnische Zusammensetzung: [laut Volkszählung 2001](#): 77,8% Ukrainer; 17,3% Russen. Andere ethnische Minderheiten: Krimtataren 0,5%; Bulgaren 0,4%; Ungarn 0,3%; Juden 0,2%; Roma 0,1%. Seit 2014 werden [mit Minderheiten zusammenhängende Themen deutlich verstärkt politisch behandelt](#). Es fehlen präzise aufgeschlüsselte Daten.

Religion: Christentum (orthodoxe und katholische Konfessionen).

Regierungsform: [Republik mit parlamentarisch-präsidentiellem Regierungssystem](#). Wolodymyr Selenskyj wurde 2019 für 5 Jahre zum Präsidenten gewählt.

2 Gefährdungsprofile

- **Personen, die in den von den Separatisten selbsternannten zwei «Republiken» sowie in den von russischen Truppen kontrollierten Gebieten im Verdacht stehen, pro-ukrainisch zu sein oder sich weigern, mit den russischen Streitkräften zu kooperieren, sind Risiken wie Verschleppungen, willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen, einschliesslich Folter, ausgesetzt. Besonders betroffen sind hier einheimische Beamt*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen sowie Verteidigerinnen und Verteidiger der Menschenrechte.**
- **Personen, die im Verdacht stehen, die territoriale Integrität der Ukraine zu unterminieren oder die selbsternannten «Republiken» Donezk und Luhansk zu unterstützen**, sind Risiken wie Verschleppungen, willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen, einschliesslich Folter, seitens ukrainischer Streitkräfte, regierungstreuer Milizen oder der ukrainischen Geheimdienste (SBU) ausgesetzt.
- **Personen, die der «Kooperation» mit einem «Agressorstaat», dessen Behörden und seiner Militärkräfte oder Paramilitärs für schuldig befunden werden**, müssen eine Freiheitsstrafe zwischen 10 und 12 Jahren verbüssen. Über 500 Fälle werden derzeit untersucht.
- **Frauen: Häusliche Gewalt** kommt insbesondere in den vom Konflikt betroffenen Regionen im Osten der Ukraine vor. Sexuelle Gewalt und Vergewaltigungen durch die russischen Truppen.
- **Deserteure und Militärdienstverweigerer sind Gefahren wie Verschleppung und willkürlicher Verhaftung** ausgesetzt. Die Gesetzgebung sieht im Fall von Wehrdienstverweigerung bis zu fünf Jahre Haft und bei Desertion eine Inhaftierung von bis zu zwölf Jahren vor.
- **LGBTIQ-Aktivist*innen** sind regelmässig Angriffen und Hasstiraden vonseiten rechtsextremer Gruppierungen ausgesetzt. Die Ermittlungen der Polizei in Zusammenhang mit Hassverbrechen erweisen sich als ineffizient. In der unter russischer Kontrolle stehenden Krimregion kommt die «homosexuelle Propaganda» untersagende russische Gesetzgebung zur Anwendung. In den Separatistengebieten Donezk und Luhansk werden gleichgeschlechtliche Beziehungen strafrechtlich geahndet.
- **Roma:** Sie wurden bereits vor Ausbruch des Krieges Opfer von Diskriminierung und Übergriffen. Eingeschränkter Zugang zu Schutzsystemen und Unterstützungsleistungen in Europa aufgrund von Rassendiskriminierung und fehlender Dokumente (10-20% sind Staatenlose oder von Staatenlosigkeit bedroht).

3 Jüngste Entwicklungen

Invasion russischer Truppen in die Ukraine im Februar 2022. Nach drei Monaten mit mindestens 3'800 ermordeten Zivilist*innen kontrolliert Russland 20% des ukrainischen Staatsgebiets. Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine begann nur kurz nach den sogenannten Maidan-Protesten im November 2013 und dem Sturz des pro-russischen Präsidenten der Ukraine Janukowitsch. Annexion der Krim im März 2014 durch Russland. Als Begründung diente die Verteidigung der Rechte der russischen und russischsprachigen Bevölkerung. Referendum und Unabhängigkeitserklärung der «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk durch die pro-russischen Separatisten im April 2014. Am 21. Februar 2022 anerkennt der russische Präsident Putin die beiden Separatisten-Gebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten an und befiehlt den russischen Truppen, «dort für die Erhaltung des

Friedens zu sorgen». Am 24. Februar 2022 ordnet Präsident Putin [die Invasion der Ukraine](#) durch russische Streitkräfte an. Während der ersten Wochen versuchten die russischen Truppen zwar, die Hauptstadt Kiew einzunehmen, wichen dann aber in den Osten und Süden des Landes aus, wo seit März heftigste Kämpfe ausgefochten werden. Nach drei Monate andauernden Kampfhandlungen geht das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte im Mai 2022 davon aus, dass der Konflikt [mindestens 8'089 zivile Opfer](#) hervorbrachte, wobei 3'811 von ihnen ermordet und 4'278 verwundet wurden. Anfang Juni 2022, das heisst 100 Tage nach Beginn der russischen Invasion, räumten die ukrainischen Behörden ein, [die Besatzungsmacht würde rund 20% des Landes kontrollieren](#).



Karte: [Al Jazeera](#), 13. Juni 2022

Innerhalb von drei Monaten wurden 5 Millionen Menschen vertrieben und 7 Millionen sind auf der Flucht. Bereits vor der aktuellen russischen Invasion zählte man in der Ukraine aufgrund der Annexion der Krim durch Russland und dem Krieg in der Ostukraine bereits rund [1,5 Millionen Binnenvertriebene](#). Seit Beginn der russischen Invasion sind nahezu 15 Millionen Menschen aus ihrem Zuhause geflohen. [Beinahe 7 Millionen suchten Zuflucht in den Nachbarländern oder anderen europäischen Staaten](#). Ein Grossteil der geflüchteten Personen, in Zahlen rund 3,7 Millionen, wurden von Polen aufgenommen. Um die 2,1 Millionen Personen konnten seither wieder in die Ukraine zurückkehren. Die IOM gab Ende Mai bekannt, dass sich [laut Schätzungen 7,1 Millionen Vertriebene im Land aufhalten würden](#). Russland wird [beschuldigt, 1 Million Ukrainer*innen nach Russland deportiert zu haben](#).

4 Menschenrechtsverletzungen

Seit 2014 willkürliche und geheime Inhaftierungen, Misshandlungen und Folterungen von Gefangenen im Osten des Landes. Im Zeitraum zwischen April 2014 und Februar 2022

kamen aufgrund der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen von Russland unterstützten Separatisten und der ukrainischen Armee [mehr als 14'000 Menschen zu Tode](#). Der Konflikt war darüber hinaus auch geprägt von [zuweilen willkürlichen und geheimen Massenverhaftungen sowie Folterungen und Misshandlungen](#), die den Gefangenen von allen Konfliktparteien zugefügt wurden.

Ausübung blinder Gewalt durch die russischen Truppen seit Februar 2022. Bombenangriffe auf besiedelte Gebiete durch die ukrainischen Streitkräfte. Die Invasion Russlands im Februar 2022 führte zu einer gravierenden Verschlechterung der Menschenrechtslage im ganzen Land. Die russischen Streitkräfte brachten vielfach Explosionswaffen zum Einsatz, die in besiedelten Gebieten grossflächige Schäden anrichteten. Die UNO dokumentierte die [flächendeckende Zerstörung und Beschädigung von zivilem Eigentum](#), darunter insbesondere von Privathäusern, Wohn- und Verwaltungsgebäuden und medizinischen Einrichtungen, vor allem in Charkiw, Isjum, Tschernihiw, Mariupol, Sumy und Wolnowacha. Die ukrainischen Streitkräfte sollen in den von bewaffneten und russlandtreuen Gruppierungen kontrollierten Zonen in den Regionen Donezk und Luhansk [besiedelte Gegenden bombardiert](#) haben.

Ermordungen und Folterungen in der Zivilbevölkerung seitens der russischen Streitkräfte. Die UNO berichtet von Vorwürfen hinsichtlich der [Ermordung von Zivilist*innen durch Angehörige der russischen Armee](#) im Rahmen von Kriegshandlungen in den Regionen Tschernihiw, Kiew, Charkiw, Cherson, Luhansk, Sumy und Saporischschja. [HRW](#) und [Amnesty International](#) bestätigen, dass an der Zivilbevölkerung in den von den russischen Streitkräften kontrollierten Regionen Kiew und Tschernihiw Massenhinrichtungen, Folterungen und weitere schwerste und mit Kriegsverbrechen gleichzusetzende Misshandlungen verübt wurden. In sogenannten [«Filtrationslagern»](#) mussten Zivilist*innen entwürdigende Kontrollen und gewalttätige Verhöre über sich ergehen lassen.

Ermordungen und Misshandlungen von Zivilist*innen vonseiten der ukrainischen Streitkräfte. Die ukrainischen Streitkräfte werden beschuldigt, [in Verbindung mit den russischen Streitkräften stehende oder diese unterstützende Mitglieder der Zivilbevölkerung ermordet zu haben](#). Als pro-russische Partisanen eingestufte oder in von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten verordneten Ausgangssperren zuwiderhandelnde Zivilpersonen werden von anderen Zivilpersonen, Polizeikräften und Mitgliedern von Territorialverteidigungseinheiten gefoltert und misshandelt.

5 Praxis der Schweizer Behörden

Schutzquote 2021 sehr niedrig. Laut der [Zahlen des SEM](#) für 2021 lag die Anerkennungsquote bei 0%, während sich die Schutzquote (positive Entscheide + vorläufige Aufnahmen) auf 13,3% belief.

Schutzstatus S im Jahr 2022. Seit 11. März 2022 haben die Schweizer Behörden im Fall ukrainischer Staatsangehöriger, die aus ihrem Land geflohen und in die Schweiz eingereist sind, den [Schutzstatus S](#) angewendet. Dieser Status ermöglicht eine rasche Aufnahme ohne Durchlaufen eines regulären Asylverfahrens, und zwar bis zum Erlöschen des Schutzbedürfnisses. Es geht dabei um eine zeitlich begrenzte humanitäre Aufnahme von Gruppen, bei denen die Flüchtlingsqualität keiner Prüfung unterzogen wird.